

19.10.2010 – PM 70/2010

Bündnis gegen illegale Beschäftigung

IG BAU verschärft Kampf gegen Schwarzarbeit

Berlin – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt geht verschärft gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit im Maler- und Lackiererhandwerk vor. Zu diesem Zweck hat sich die IG BAU mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz zu einem deutschlandweiten Bündnis zusammengeschlossen. Ziel ist es, den Missbrauch noch effektiver zu bekämpfen. „Es gilt, die Schwarzen Schafe in der Branche zurückzudrängen“, sagte Dietmar Schäfers, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG BAU. Ebenso wichtig wie das Aufdecken von Verstößen ist für das Bündnis die Verhinderung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit. „Das Übel muss an der Wurzel gepackt werden“, betonte Schäfers. Es sei auch die Verantwortung der Auftraggeber darauf zu achten, dass die Maler- und Lackierbetriebe nicht auf Kosten der Mitarbeiter einen ruinösen Preiskampf betreiben. Mit dem Bündnis werde zudem der Druck auf Firmen erhöht, die sich nicht an die Regeln halten. So sollen Informationen über Gesetzesverstöße systematischer und zielgerichteter als bisher dem Zoll zur Verfügung gestellt werden, damit dieser seine Kontrollen effektiver durchführen kann.

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung gelten bei vielen Auftraggebern immer noch als Kavaliersdelikte. Sie bedrohen jedoch die rund 140 000 Arbeitsplätze im Maler- und Lackiererhandwerk, weil durch Lohndumping sauber arbeitende Betriebe keine Chance im Wettbewerb haben. In der Branche gilt für Ungelernte ein Mindestlohn von 9,50 Euro pro Stunde. Für Gesellen gibt es im Westen einen Mindestlohn, dieser beträgt 11,50 Euro.

(1627 Zeichen)